

*Im Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht wird der totale Krieg der USA gegen die übrige Welt propagiert. (Dritter von vier Artikeln)*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 217/15 – 27.11.15**

## **Das Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht, Teil 3 Rezepte für den totalen Krieg und die Errichtung einer Militärdiktatur**

Von Thomas Gaist

World Socialist Web Site, 05.11.15

( <http://www.wsws.org/en/articles/2015/11/05/laws-n05.html> )

*Das ist der dritte von insgesamt vier Artikeln über das neue Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht. Der erste Artikel ist aufzurufen unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP21215\\_201115.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP21215_201115.pdf) , der zweite unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP21615\\_251115.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP21615_251115.pdf) .*

Das "Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht" (das komplett aufzurufen ist unter [http://www.dod.mil/dodgc/images/law\\_war\\_manual15.pdf](http://www.dod.mil/dodgc/images/law_war_manual15.pdf) ) ist die bisher deutlichste Darstellung der Absicht des US-Imperialismus, die ganze Welt mit militärischen Gewalt zu unterwerfen und zu beherrschen.

Weil sich das Pentagon damit dazu ermächtigt, gegen jedes beliebige Land Krieg zu führen, es zu besetzen und mit seiner Interpretation des Kriegsrechts auch noch den letzten Winkel unseres Planeten zu unterwerfen, ist das Handbuch die Anleitung des US-Imperialismus für die Erringung der Weltherrschaft mit allen erdenklichen Mitteln.

"Der US-Kapitalismus steht vor den gleichen Problemen, die Deutschland 1914 in den Krieg trieben. Es wollte die bereits aufgeteilte Welt neu aufteilen. Deutschland ging es dabei vor allem um eine Auseinandersetzung mit seinen europäischen Nachbarn, den USA geht es um die ganze Welt. Die Geschichte wird die Menschheit mit dem Aufstieg des US-Imperialismus konfrontieren, der einem Vulkanausbruch gleicht." Das hat Leo Trotzki (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Leo\\_Trotsky](https://de.wikipedia.org/wiki/Leo_Trotsky) ), der Gründer der Vierten Internationale, bereits 1934 geschrieben.

Seit Mitte der 1970er Jahre verfolgt die herrschende Klasse der USA einen rücksichtslosen Militarisierungskurs, der darauf abzielt, mit bewaffneter Gewalt ihren wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten.

Auch das hat Trotzki schon vorhergesehen, denn er schrieb: "In Krisenzeiten wird sich das Hegemonialstreben der USA noch deutlicher, offener und brutaler zeigen, als in Boom-Zeiten. Die USA werden ihre Probleme vor allem auf Kosten Europas zu lösen versuchen, unabhängig davon, ob das in Asien, Kanada, Südamerika, Australien oder in Europa selbst geschieht – und nicht nur friedlich, sondern auch durch Kriege."

Das Handbuch zum Kriegsrecht, das Handlungsanweisungen für Militäreinsätze der US-Streitkräfte selbst oder ihrer Hilfsarmeen in jedem Winkel unserer Erde enthält, schafft den juristisch verbrämten Rahmen dafür. Wenn die in dem Handbuch festgelegten Leitlinien umgesetzt werden können, die internationale Arbeiterklasse also nicht rechtzeitig auf der Grundlage eines einheitlichen revolutionären Programms eingreift, dann geht die Menschheit einer Zukunft entgegen, die durch Konzentrationslager und beispiellose Gemetzel geprägt ist und in einem atomaren Holocaust enden wird.

Das Pentagon-Handbuch kennt nur eine einzige "Lösung" für die Krise, in der sich die Welt befindet – die Machtergreifung durch die imperialistische Clique, die schon Washington und die Wall Street beherrscht.

## **Totaler Krieg**

In den ersten beiden Artikeln dieser Serie wurden Parallelen zwischen dem Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht und der juristischen und politischen Ideologie Nazi-Deutschlands gezogen. Es wurde nachgewiesen, dass die gleichen faschistischen Handlungsweisen, für die bedeutende US-Juristen im Nürnberger Prozess führende Nazis zum Tod verurteilt haben, im Pentagon Handbuch – juristisch bemäntelt – als offizielle Handlungsanweisungen für die Politik der US-Regierung auftauchen.

Aus späteren Kapiteln des Pentagon-Handbuches zu Operationen des US-Militärs ist zu ersehen, dass auch die "Politik der verbrannten Erde", die von den Nazis gegen die Völker Europas und Nordafrikas, besonders aber gegen die Sowjetunion, betrieben wurde, jetzt auch vom Pentagon und seinem Generalstab betrieben werden soll.

Das Handbuch setzt sich über zentrale Bestimmungen des Völkerrechts hinweg, die den Einsatz militärischer Gewalt einschränken sollen. Nach dem Oxford English Dictionary ist der totale Krieg "ein Krieg, bei dem in dem angegriffenen Land und gegen dessen Bevölkerung rücksichtslos von allen vorhandenen Waffen Gebrauch gemacht und bei der Verfolgung militärischer Ziele das geltende Kriegsrecht ignoriert wird"; ohne jedes Zögern kann festgestellt werden, dass der so definierte "totale Krieg" genau dem entspricht, den das Pentagon in seinem Handbuch propagiert.

Militärische Handlungen, die den totalen Krieg kennzeichnen, wurden während des 19. Jahrhunderts erstmals praktiziert, führten aber erst im Zweiten Weltkrieg zu den von imperialistischen Regierungen faschistischer und "demokratischer" Staaten angerichteten großflächigen Zerstörungen. Trotzdem sind nach dem Pentagon-Handbuch sämtliche Kriegshandlungen ausdrücklich erlaubt.

Verbale Einschränkungen werden in dem Handbuch sofort durch Ausnahmeregelungen entwertet, so dass die US-Militärkommandeure zur Erreichung strategischer Ziele praktisch jede Form von Gewalt anwenden dürfen. Formulierungen, die Kommandeure bei der Vorbereitung von Offensiven zur Rücksichtnahme verpflichten könnten, kommen nicht vor. Es ist auch nicht von Strafen die Rede, die bei übertriebener Gewaltanwendung drohen könnten.

Das Handbuch ermächtigt die US-Kommandeure dazu, mit strategischen Bombenangriffen auch die zivile und kommerzielle Infrastruktur zu zerstören, sowie Blockaden und Belagerungen durchzuführen. Es erlaubt die Errichtung großer Lager für Häftlinge und Zwangsarbeiter.

Der US-Imperialismus hat schon immer gegen das Völkerrecht verstoßen, mit der kollektiven Bestrafung und dem Abschlachten ganzer Bevölkerungen und der Zerstörung großer Städte in Deutschland, Japan, Korea, Vietnam, Kambodscha und zuletzt im Irak.

Mit dem 2003 gegen den Irak angezettelten Krieg wurde eine der fortschrittlichsten Wirtschaften des Mittleren Ostens auf das Niveau der ärmsten Länder der Welt zurückgebombt. Vier bis fünf Millionen Iraker wurden während des US-Krieges und der Besetzung getötet, vertrieben oder verschwanden einfach. Mehr als die Hälfte der irakischen Ärzte wurde getötet oder war gezwungen, aus dem Land zu fliehen. Aus 2007 vom Statistischen

Amt des Iraks veröffentlichten Zahlen geht hervor, dass vier Jahre nach Kriegsbeginn 43 Prozent der Iraker in "völliger Armut" ohne ausreichende Nahrung und Kleidung und in unzureichenden Wohnungen lebten.

Auch schon vor Veröffentlichung des Pentagon-Handbuches in diesem Jahr hat sich das US-Oberkommando über bis zu diesem Zeitpunkt bestehende Verbote hinweggesetzt, nach denen vorsätzliche Angriffe auf die zivile Infrastruktur und die Zivilbevölkerung untersagt waren. In dem aus dem Jahr 1956 stammenden "US Army Field Manual on the Law of Land Warfare" (dem Handbuch der US Army zu den im Landkrieg zu beachtenden rechtlichen Vorgaben, s. [https://www.loc.gov/rr/frd/Military\\_Law/pdf/law\\_warfare-1956.pdf](https://www.loc.gov/rr/frd/Military_Law/pdf/law_warfare-1956.pdf)) steht, dass Militäroperationen nicht durchgeführt werden dürfen, wenn abzusehen ist, dass sie eine große Anzahl ziviler Opfer fordern werden.

In dem neuen Handbuch ist das Abschlagen von Zivilisten offiziell zwar genau so verboten wie in dem Handbuch von 1956, es enthält aber Schlupflöcher: Im Falle "militärischer Notwendigkeit" und bei "hohen militärischen Erfolgsaussichten" muss keine Rücksicht auf Zivilisten genommen werden.

Mit der Veröffentlichung des neuen Pentagon-Handbuches verschafft sich die herrschende US-Elite das formale "Recht", bei der Verfolgung ihrer Ziele ganze Gesellschaften und Völker auslöschen zu können. Zweifellos wollte das Pentagon damit im Nachhinein auch die Verbrechen legalisieren, die der US-Imperialismus im Irak (und anderswo) begangen hat.

Nach den Richtlinien des Handbuches ist die Massentötung von Zivilisten dann erlaubt und legal, wenn die zuständigen US-Offiziere die Angriffe auf zivile Ziele für "militärisch notwendig und erfolgversprechend" halten. [S. 187]

Militärkommandeure brauchen keinerlei Rücksicht auf Zivilisten zu nehmen, "wenn nach ihrer subjektiven Einschätzung vorgesehene Operationen zur Erringung des Sieges in diesem Krieg unerlässlich sind". Das gilt auch, wenn der "militärische Erfolg", der durch den beabsichtigten Angriff zu erzielen ist, von einem "außenstehenden Beobachter nach objektiven Kriterien" nicht zu erkennen ist.

"Der mit einem Angriff zu erzielende militärische Erfolg könnte vom Feind oder von einem außenstehenden Beobachter zum Beispiel deshalb nicht zu erkennen sein, weil ihn der Kommandeur wegen nur ihm vorliegender geheimdienstlicher Erkenntnisse befohlen hat," heißt es in dem Handbuch. [S. 213]

"Das Abwägen zwischen dem unvermeidlichen Kollateralschaden und dem zu erwarteten militärischen Erfolg lässt sich nicht immer in einer empirischen Analyse nachvollziehen," wird in dem Handbuch festgestellt. [S. 128]

"In weniger eindeutigen Fällen kann die Frage, ob der Kollateralschaden unverhältnismäßig hoch ist, auch nicht durch eine nachträgliche Untersuchung geklärt werden, weil deren Ergebnis auch wieder subjektiv und ungenau sein kann," wird in dem Handbuch betont.

Die Definition "legitimer militärischer Ziele" ist in dem Pentagon-Handbuch so allgemein gehalten, dass auch die komplette Wirtschaft und die Zivilbevölkerung darunter fallen. Das Handbuch ermächtigt zur Zerstörung der grundlegenden Infrastruktur eines "Feindstaates", einschließlich der Wohngebiete, der Versorgungseinrichtungen für Wasser und Energie und der Versorgungskette für Nahrungsmittel. Alles, was direkt oder indirekt zur Erhaltung der "Kampfkraft" des Feindes beitragen könnte, gilt als legitimes Ziel. [S. 206]

"Der Begriff 'militärisches Ziel' schließt auch Kombattanten und sämtliche Objekte ein, die in einer militärischen Auseinandersetzung durch ihr Vorhandensein, ihre Lage, ihre Verwendbarkeit oder ihren Nutzen zur Erhaltung oder Verlängerung der Kampffähigkeit des Gegners beitragen können," wird in dem Handbuch weiter ausgeführt.

"Es ist nicht notwendig, dass ein Zielobjekt unmittelbare taktische oder operative Bedeutung hat oder einen speziellen US-Militäreinsatz behindert. Es reicht aus, wenn es längerfristig zur Erhaltung der Kampffähigkeit des Gegners beiträgt. ... Der militärische Erfolg muss sich also nicht sofort einstellen." [S. 210]

"Das Kriegsrecht schreibt auch nicht vor, dass Angriffe auf ein militärisches Ziel nur in der Nähe laufender Kampfhandlungen, in einem Kriegsgebiet oder auf dem Schauplatz einer militärischen Auseinandersetzung stattfinden dürfen." [S. 199]

In einem kritischen Artikel zu der in dem Pentagon-Handbuch getroffenen Zielauswahl mit dem Titel "The Defense Department Stands Alone on Target Selection" (Nur das Pentagon ist für die Zielauswahl zuständig, s. <https://www.justsecurity.org/24264/dod-stands-alone-target-selection/> ) schreibt Professor Adil Haque von der Rutgers School of Law – Newark (s. <https://camlaw.rutgers.edu/> ), das Handbuch ermächtige US-Kommandeure zu Angriffen jeder Art, unabhängig davon, wie hoch die Anzahl der zivilen Opfer dabei sein könnte.

"Eine sehr beunruhigende Bestimmung im neuen Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht legt fest, dass Kommandeure nicht mehr verpflichtet sind, das Völkerrecht zu achten und die Anzahl der zivilen Opfer möglichst gering zu halten, indem sie eine entsprechende Zielauswahl treffen," schreibt Haque. "Die USA wollen sich einer völkerrechtlichen Festlegung entziehen, die vorschreibt, militärische Ziele so auszuwählen, dass mit möglichst geringen Kollateralschäden zu rechnen ist."

Große Teile des Handbuches sind der Belagerung und dem Aushungern dicht bevölkerter städtischer Gebiete gewidmet. Es ermächtigt zur Errichtung von Gettos und Sicherheitsbereichen, um die Bewegungsfreiheit der Bewohner einzuschränken.

"Aushungern ist eine legitime Methode der Kriegsführung," heißt es in dem Handbuch [auf S. 291]. "Insbesondere ist es erlaubt, feindliche Kräfte durch Aushungern zum Aufgeben zu bewegen."

Bei Belagerungen ist es US-Militärkommandeuren auch erlaubt, die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Versorgungsgütern zu unterbinden. "Lebensmittel können rationiert, Ernten zerstört und die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln kann reglementiert werden," ist in dem Handbuch in dem Abschnitt "Starvation of Enemy Forces Not Prohibited" (Das Aushungern feindlicher Streitkräfte ist nicht verboten) nachzulesen. [S. 1.037]

Es gestattet US-Offizieren, nur "bestimmten Kategorien von Zivilisten" den Abzug (aus belagerten Städten) zu erlauben, und lässt damit zu, dass auch große Teile der Zivilbevölkerung in den abgesperrten Gettos verhungern. Die Kommandeure werden ermächtigt, ganze städtische Areale komplett abzuriegeln und den darin Verbliebenen jede Zufuhr von wichtigen Versorgungsgütern zu verweigern.

"Der Kommandeur einer US-Belagerungstruppe ist nicht verpflichtet, den Durchlass von medizinischem oder religiösem Personal oder medizinischem und sonstigem Bedarf zu gestatten," heißt es dazu in dem Handbuch. [S. 316]

Nach den jetzt im Pentagon-Handbuch festgelegten Bestimmungen hat das US-Militär auch schon die Belagerung der irakischen Stadt Falludscha im Jahr 2004 durchgeführt (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_10/LP16410\\_060810.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP16410_060810.pdf) ). Mehrere zehntausend 15 bis 55 Jahre alte irakische Männer wurden daran gehindert, aus der Stadt zu fliehen, die unter einem verheerenden Beschuss durch US-Artillerie lag (und gleichzeitig von US-Kampffjets angegriffen wurde); ungefähr 60 Prozent der Gebäude der Stadt wurden zerstört, das komplette Stadtgebiet mit toxischen Stoffen (u. a. weißem Phosphor, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Falludscha> ) und durch DU-Munition (zusätzlich radioaktiv) verseucht, und die Bevölkerung wurde dadurch dauerhaft um 50 Prozent reduziert.

Dass im Pentagon-Handbuch der totale Krieg propagiert wird, ist auch daran zu erkennen, dass es den Einsatz geächteter Waffen wie Streumunition (s. dazu auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Streumunition> ) und Atomwaffen gegen "militärische Ziele" autorisiert, zu denen es aber auch Bergpässe, Höhenrücken, Hohlwege, Brückenköpfe, Weiler, Dörfer oder Städte zählt, wenn deren Zerstörung "militärisch notwendig ist". [S. 215]

"Unter bestimmten Umständen kann es vorteilhaft sein, auch Streubomben einzusetzen," steht in dem Handbuch. "Die USA haben befunden, dass ihre Staatssicherheit nicht gewahrt werden kann, wenn sie die Bestimmungen der Streubomben-Konvention (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cbereinkommen\\_%C3%BCber\\_Streumunition](https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cbereinkommen_%C3%BCber_Streumunition) ) einhalten."

Mit einer Formulierung, auf die Leser des Pentagon-Handbuches immer wieder stoßen, wird auch der Einsatz von Atomwaffen autorisiert, wenn er "militärische Vorteile" bringt.

"Angriffe mit Atomwaffen sind nicht gerechtfertigt, wenn die erwartete Schädigung von Zivilisten im Vergleich zum militärischen Erfolg übermäßig ist." [S. 420]

Mit derart schwammigen Formulierungen wird in Wirklichkeit grünes Licht für den Einsatz von Atomwaffen gegeben. Würde das Pentagon die Zerstörung der militärischen und wirtschaftliche Infrastruktur Chinas als "militärisch notwendig" erachten? Selbstverständlich, und deshalb würden Atomangriffe auch als "gerechtfertigt" angesehen.

Tatsächlich sieht der Plan des Pentagons für einen Luft- und Seekrieg (zum Beispiel) gegen China auch einen vernichtenden Erstschatz mit Atomwaffen gegen das chinesische Festland vor, der flächendeckend sein muss, um einen Zweitschatz des chinesischen Militärs zu verhindern.

## **Massenhaftinhaftierungen und Konzentrationslager**

Unter völliger Missachtung demokratischer und rechtlicher Grundsätze, die im Lauf von Jahrhunderten entwickelt wurden, ermächtigt das Pentagon-Handbuch den militärischen Sicherheitsapparat dazu, überall auf unserem Planeten auch Zivilisten ohne Angabe von Gründen jederzeit zu internieren. "Inhaftierungen sind in Kriegen oder bei anderen Militäroperationen unerlässlich," behaupten die Pentagon-Rechtsanwälte in den einleitenden Bemerkungen des Abschnitts "Detention: Overview and Baseline Rules" (Inhaftierung: Übersicht und Grundregeln). [S. 515]

Die Exekutive (die US-Regierung) hat sich mit dem bereits 2012 vom Kongress verabschiedeten National Defense Authorization Act (weitere Infos dazu s. unter [https://de.wikipedia.org/wiki/National\\_Defense\\_Authorization\\_Act](https://de.wikipedia.org/wiki/National_Defense_Authorization_Act) ) schon einschlägige Befugnisse verschafft; das Pentagon, das ja nur ein dem US-Präsidenten unterstehendes Ministerium ist, maßt sich mit diesem Abschnitt eigene hoheitliche Machtbefugnisse an, die ihm nicht zustehen.

Das Handbuch ermächtigt das Pentagon dazu, ausgehandelte internationale Verträge und internationale Abmachungen, die ungerechtfertigte willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen verbieten, einfach zu ignorieren und beansprucht für die USA die uneingeschränkte Berechtigung, bewährte Bestimmungen des Völkerrechts einfach für null und nichtig erklären zu können.

Die Pentagon-Rechtsanwälte gehen sogar so weit, wichtige Bestandteile des Völkerrechts zu zitieren, die ihren eigenen Rechtssetzungen widersprechen, um diese völkerrechtlichen Festlegungen mit der Feststellung, sie seien unvereinbar mit dem Rechtsverständnis der US-Regierung, einfach vom Tisch zu wischen.

"Wenn jemand durch Festnahme oder Inhaftierung seiner Freiheit beraubt wird, muss er das Recht haben, von einem Gericht umgehend überprüfen zu lassen, ob seine Festnahme oder Inhaftierung zu Recht erfolgt ist, oder ob er sofort wieder freigelassen werden muss, weil ihm Unrecht geschah," lautet ein Passus des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (des ICCPR, s. dazu auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler\\_Pakt\\_%C3%BCber\\_b%C3%BCrgerliche\\_und\\_politische\\_Rechte](https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Pakt_%C3%BCber_b%C3%BCrgerliche_und_politische_Rechte) ), der im Handbuch zitiert wird. [S. 50f]

Im Handbuch wird dann erklärt, die US-Regierung verstehe diese Bestimmung so, dass sie bei der Durchsetzung ihrer Politik nicht greife. Falls das Pentagon oder die US-Regierung von Bestimmungen des Völkerrechts betroffen seien, dann gelte nur die von dazu berechtigten Rechts- oder Verwaltungsabteilungen des Militärs vorgenommene Interpretation dieser Bestimmungen.

"So würde zum Beispiel das in Art. 9 des ICCPR zugestandene Recht, die Rechtmäßigkeit einer Festnahme von einem Gericht überprüfen zu lassen, mit dem Kriegsrecht kollidieren, das erlaubt, dass bestimmte Personen auch ohne gerichtliche Anordnung oder Anklage verhaftet werden können," ist in dem Handbuch zu lesen.

"Die USA interpretieren den Art 9 des ICCPR so, dass ein Staat ihn nicht einhalten muss, wenn er sich im Krieg befindet, und zwar sowohl in einem Krieg mit einem anderen Staat, als auch in bewaffneten Auseinandersetzungen mit nichtstaatlichen Gegnern – und zwar bis zum Ende der Feindseligkeiten." [S. 50]

Das Handbuch ermächtigt das Pentagon sogar dazu, eigene juristische Instrumente zu schaffen, die bestehende völkerrechtliche Bestimmungen außer Kraft setzen können, und erlaubt die Anwendung spezieller Ad-hoc-Rechtsvorschriften und juristischer Verfahren durch Sondergerichte."

Nach dem Kapitel "Inhaftierungsbestimmungen" können Häftlinge, "nach rassistischen und ethnischen Kriterien getrennt", in speziellen Lagern festgehalten werden. "Häftlinge können in Einzellagern oder in speziellen Abteilungen von Sammellagern nach Staatsbürgerschaft, Sprache und Lebensgewohnheiten getrennt werden; die Lagerverwaltung kann aber auch andere Kriterien anwenden, um Häftlinge für administrative, sicherheitstechnische, geheimdienstliche oder medizinische Zweck oder aus Gründen der Strafverfolgung voneinander zu trennen." [S. 498]

US-Militärbehörden werden ermächtigt, "aus zwingenden militärischen Gründen" ganze Bevölkerungsteile umzusiedeln". Unter der Überschrift "Umsiedlung der Zivilbevölkerung" ist in dem Handbuch zu lesen: "Die Besatzungsmacht kann ein von ihr festzulegendes Gebiet teilweise oder ganz evakuieren – zur Sicherheit der Bevölkerung oder aus zwingenden militärischen Gründen." [S. 778]

Und weiter: "Die Umsiedlung der Zivilbevölkerung soll nicht aus konfliktbedingten Gründen erfolgen, es sei denn, die Sicherheit der betroffenen Zivilisten oder zwingende militärische Gründe gebieten es." [S. 1.035]

## **Kriegsrecht und Besetzung**

Das Handbuch enthält auch Bestimmungen für die militärische Besetzung und die Verhängung des Kriegsrechts über eroberte Gebiete. Diese Vorschriften sind so allgemein formuliert, dass sie sowohl für besetzte ausländische Territorien als auch für besetzte Gebiete in den USA selbst anzuwenden sind.

Die Bewohner von Gebieten unter US-Militärverwaltung müssen die Anordnungen der Besatzungsmacht bedingungslos befolgen und nur noch der Besatzungsmacht gehorchen, Anordnungen ihrer eigenen Regierung sind dann wirkungslos," steht im Handbuch im Abschnitt "Aufhebung und Ersetzung der Regierungsgewalt".

US-Kommandeure erhalten innerhalb des besetzten Territoriums die "Verfügungsgewalt über alle öffentlichen und privaten Transportmittel zu Land, zu Wasser und in der Luft"; sie können sie zu requirieren, und das Handbuch ermächtigt sie dazu, die Transportmittel sofort einzuziehen und darüber zu verfügen.

Damit nicht die Illusion entsteht, die Bestimmungen für die militärische Besetzung und die Entmachtung der gewählten Regierung würden nicht innerhalb der Grenzen der USA selbst gelten, wird in dem Pentagon-Handbuch festgestellt, das Kriegsrecht sei integraler Bestandteil des in den USA geltenden Rechts. "Das in Kriegszeiten geltende Recht ist auch für die Innenpolitik und sämtliche Behörden bindend und wird in das derzeit geltende Recht und alle bestehenden Regelungen eingearbeitet."

In dem Abschnitt "Bewaffnete Auseinandersetzungen mit nichtstaatlichen Gegnern," hat das Pentagon ein weiteres Schlupfloch gelassen, das es den USA ermöglicht, die Genfer Konventionen und andere internationale Vereinbarungen zu missachten, wenn es gewalttätig gegen Personen oder Organisationen vorgeht, die nicht den offiziellen Streitkräften eines international anerkannten Staates angehören.

In militärischen Konflikten mit konkurrierenden Staaten billigt das Handbuch dem Völkerrecht noch eine gewisse Relevanz zu, in bewaffneten Konflikten mit nichtstaatlichen Gegnern gilt nur das im Pentagon-Handbuch festgelegte "Kriegsrecht" des mächtigsten Staates der Welt.

Nichtstaatliche Gegner können sich nicht auf die Rechte der Regierung eines Staates berufen, sie werden als "vogelfrei" betrachtet und sind der Gnade der US-Regierung ausgeliefert, die ihnen noch nicht einmal die minimalen Rechte von Kriegsgefangenen zubilligen muss.

"Die Gleichheit souveräner Staaten ist in einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen einem Staat und einer nichtstaatlichen bewaffneten Gruppe nicht anwendbar. Ein Staat kann sowohl die aus seiner Souveränität, als auch die aus dem Kriegsrecht erwachsenden Befugnisse gegen bewaffnete nichtstaatliche Gruppen anwenden." [S. 1.025]

"Das durch das Völkerrecht begrenzte Recht eines Staates in der bewaffneten Auseinandersetzung mit nichtstaatlichen Gruppen ändert nicht den Grundsatz, dass ein souveräner Staat mit seiner ganzen Macht gegen nichtstaatliche bewaffnete Gruppen vorgehen kann."

"In bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Staaten haben auch Kombattanten (die nicht den regulären Streitkräfte des feindlichen Staates angehören) gewisse Rechte, keinem Staat zuzurechnende bewaffnete Gruppen haben im Kampf mit einem Staat jedoch keinerlei Rechte." [S. 1.025]

Solche Hinweise sollen US-Offiziere darauf aufmerksam machen, dass sie bei der Bekämpfung von Aufständen der Arbeiterklasse der USA oder anderer Staaten nicht mehr das in Jahrhunderten mit dem Völkerrecht entwickelte Kriegsrecht beachten müssen, sondern solche Aufstände (unter Berufung auf das neue Kriegsrecht des Pentagons) rücksichtslos niederschlagen können.

*(Wir haben den 3. Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Seitenangaben in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*

---

## World Socialist Web Site

Published by the International Committee of the Fourth International (ICFI)

### **The Pentagon's Law of War Manual: Part three**

#### **A recipe for total war and military dictatorship**

By Thomas Gaist

5 November 2015

*This is the third of four articles analyzing the new US Department of Defense Law of War Manual. The first article was posted November 3. The second article was posted November 4.*

The Department of Defense (DOD) Law of War Manual represents the most advanced ideological expression of the striving of US imperialism to dominate and control the entire world by means of military force.

By authorizing the Pentagon to occupy, wage war against and impose its own version of "law" in every corner of the planet, the DOD manual merely formalizes the world-hegemonic agenda of US imperialism and points to its logical endpoint.

"US capitalism is up against the same problems that pushed Germany in 1914 on the path of war. The world is divided? It must be redivided. For Germany it was a question of 'organizing Europe.' The United States must 'organize' the world. History is bringing humanity face to face with the volcanic eruption of American imperialism." This was written by the founder of the Fourth International, Leon Trotsky, in 1934.

From the mid-1970s onward, the US ruling class has engaged in a relentless militarization drive aimed at overcoming through armed force its economic decline.

This was also foreseen by Trotsky, who wrote: "In the period of crisis the hegemony of the United States will operate more completely, more openly and more ruthlessly than in the period of boom. The United States will seek to overcome and extricate herself from her difficulties and maladies primarily at the expense of Europe, regardless of whether this occurs in Asia, Canada, South America, Australia, or Europe itself, or whether this takes place peacefully or through war."



The Law of War Manual, which elaborates protocols for military operations in every corner of the globe by the Pentagon and its proxy forces, amounts to a manifesto for this process, set down in legal jargon. If the guidelines laid out in the manual are allowed to be implemented—that is, if the international working class does not intervene in time on the basis of a revolutionary program—then humankind faces a future dominated by concentration camps, slaughter on an unprecedented scale, and, ultimately, a nuclear holocaust.

In essence, the DOD manual represents a comprehensive statement of the only “solution” to the world crisis that the imperialist cliques in Washington and on Wall Street are capable of offering.

### **Total war**

The first two articles in this series have drawn the parallels between the Department of Defense Law of War Manual and the legal and political ideology of Nazi Germany. It has been shown that the very same fascist conceptions rejected by leading American jurists at the Nuremberg trials have, in the form of the DOD manual, been codified as official state policy at the highest levels of the American government.

Later sections of the DOD manual, those covering the practices of US military operations, make clear that the scorched earth methods employed by the Nazis against the populations of Europe, the Soviet Union and North Africa are now embraced and defended by the Pentagon high command.

The manual overturns central tenets of international law designed to place restraints on the use of military violence. On the basis of the Oxford English Dictionary definition of total war as “a war that is unrestricted in terms of the weapons used, the territory or combatants involved, or the objectives pursued, especially one in which the laws of war are disregarded,” one can state without hesitation that total war has become the central policy of the DOD.

Every form of military activity conventionally associated with total war—a concept that emerged during the 19th century before finding its consummate expression in the mayhem and destruction perpetrated by both the fascist and “democratic” imperialist governments during the Second World War—is explicitly or implicitly allowed by the Pentagon guidelines.

Every nominal restriction on the DOD’s war-making powers included in the manual is accompanied by caveats that confer virtually unlimited discretion on US military commanders to employ violence in the service of US strategic aims. The manual carefully avoids any language that might discourage commanders from planning offensive operations. There are gaping loopholes in every section designed to instill confidence that there will be no penalty for the indiscriminate use of force.

The manual authorizes US commanders to engage in strategic bombing, attacks on civilian commercial infrastructure, blockades and sieges. It authorizes the establishment of mass detention and forced labor camps.

Of course, throughout its history, US imperialism has committed horrific violations of international laws along these lines, carrying out collective punishment, mass slaughter of populations, and the destruction of urban areas in Germany, Japan, Korea, Vietnam, Cambodia and, most recently, Iraq.

The military campaign launched against Iraq in 2003 reduced one of the most advanced economies in the Middle East to a level of social development comparable to that of the poorest countries in the world. Some 4-5 million Iraqis were killed, displaced or disappeared as a result of the US war and occupation. More than half of Iraqi doctors were killed or forced to flee the country. Reports published in 2007 by Iraq's Statistical Bureau showed that, four years after the war was launched, fully 43 percent of Iraqis were living in "absolute poverty," without reliable access to food, housing or clothing.

Prior to the release of the DOD manual this year, however, the US high command employed such methods in defiance of its own regulations, which still included clearly worded prohibitions against wanton destruction of civilian infrastructure and populations. The last comprehensive document on military law issued by the US Department of Defense, the 1956 US Army Field Manual on the Law of Land Warfare, still maintained that military operations could not be launched if it was known in advance that they would lead to large-scale civilian casualties.

While including formal prohibitions against the slaughter of civilians similar to those contained in the 1956 document, the new manual provides conceptual loopholes based on notions of "military necessity," "expected military advantage," etc.

The publication of the DOD manual is thus enormously significant as an official assertion by the US ruling elite of its "right" to demolish entire societies and peoples in pursuit of its political goals. Undoubtedly, the DOD manual was crafted with an eye toward legalizing, after the fact, the crimes committed against Iraq by US imperialism.

Under the manual's guidelines, direct mass killing of civilians is effectively legalized, so long as the relevant US military officers consider that attacks around or against civilian targets are weighed "in relation to the concrete and direct military advantage expected to be gained." (P. 187)

Commanders are authorized to conduct operations that they know will lead to large numbers of civilian deaths, as long as their subjective assessment finds that such operations contribute to "the broader imperatives of winning the war." This applies even when the "military advantage" to be gained from a proposed attack could not be understood by an "outside observer," i.e., on the basis of any objective or universal criteria.

"The military advantage expected to be gained from an attack might not be readily apparent to the enemy or to outside observers because, for example, the expected military advantage might depend on the commander's strategy or assessments of classified information," the manual states. (P. 213)

"The weighing or comparison between the expected incidental harm and the expected military advantage does not necessarily lend itself to empirical analyses," the document adds. (P. 128)

"In less clear-cut cases, the question of whether the expected incidental harm is excessive may be a highly open-ended legal inquiry, and the answer may be subjective and imprecise," the manual declares. (P. 245)

In defining what constitutes a legitimate military target, DOD employs a definition that is so broad as to encompass the entire economy and civilian population of enemy states. The manual authorizes destruction of basic infrastructure, including housing stock, power generation facilities, water facilities, and food supply chains of enemy states. Any object that

contributes to the “war-fighting capacity” of the enemy nation, even in an indirect manner, is declared by the manual to be a legitimate target. (P. 206)

“The term ‘military objective’ means combatants and those objects during hostilities which, by their nature, location, purpose, or use, effectively contribute to the war-fighting or war-sustaining capability of an opposing force,” the manual reads.

“It is not necessary that the object provide immediate tactical or operational gains or that the object make an effective contribution to a specific military operation. Rather, the object’s effective contribution to the war-fighting or war-sustaining capability of an opposing force is sufficient... The advantage need not be immediate.” (P. 210)

“The law of war does not require that attacks on a military objective be conducted near on-going fighting, in a theater of active military operations, or in a theater of active armed conflict.” (P. 199)

In a critique of the target selection practices called for by the manual, entitled “The Defense Department Stands Alone on Target Selection,” Professor Adil Haque of the Rutgers School of Law-Newark notes that the manual effectively authorizes US commanders to carry out attacks regardless of the civilian death toll that is likely to result.

“A deeply troubling provision in the Defense Department’s new Law of War Manual suggests that commanders are not legally required to minimize civilian casualties when selecting between different targets,” Haque writes. “The United States is not legally required to select targets so as to reduce collateral harm to civilians.”

Large sections of the manual are devoted to siege, enforced starvation and occupation of densely populated urban areas. It authorizes the erection of ghettos and security cordons to restrict the movement of civilians.

“Starvation is a legitimate method of warfare,” the DOD manual states. (P. 291) “In particular, it is permissible to seek to starve enemy forces into submission.”

During siege warfare, US military commanders are authorized, among other things, to destroy supply lines that are relied on by the civilian population for food and other essential goods. “States may institute general food control programs that involve the destruction of crops and the adequate provision of the civilian population with food,” the manual reads in the section entitled “Starvation of Enemy Forces Not Prohibited.” (P. 1,037)

It advises US officers to allow passage of “certain categories of civilians,” implying that much of the civilian population can be left for dead inside the encircled area. Commanders are authorized to completely isolate urban areas, refusing the movement of even the most basic humanitarian goods into the siege zone.

“A commander of an encircling force is not required to agree to the passage of medical or religious personnel, supplies, and equipment,” the manual states. (P. 316)

The implications of this doctrine were already demonstrated in the US military’s 2004 siege of Fallujah in Iraq. Tens of thousands of Iraqi men between the ages of 15 and 55 were prevented from fleeing the city prior to a devastating US bombardment that destroyed some 60 percent of the city’s buildings, irradiated the entire area with toxic munitions by-products, and permanently reduced the population by as much as 50 percent.

The manual authorizes the use of illegal weapons, another practice commonly understood as a feature of total war, including cluster bombs and nuclear weapons, against a range of “military objectives,” including “mountain passes, hills, defiles, and bridgeheads, villages, towns, or cities” whose seizure is militarily important. (P. 215)

“Under certain circumstances, it may be advantageous to use cluster munitions,” the document reads. “The United States has determined that its national security interests cannot be fully ensured consistent with the terms of the Convention on Cluster Munitions.”

Employing a formula that becomes all too familiar to any reader of the manual, the document openly authorizes use of nuclear weapons based on calculations of “military advantage.”

“Attacks using nuclear weapons must not be conducted when the expected incidental harm to civilians is excessive compared to the military advantage expected to be gained,” the document states. (P. 420)

Such formulations amount to a green light to do anything. Would the DOD high command consider the destruction of China’s key military and economic infrastructure to be militarily advantageous? Of course, and therefore nuclear attacks would be justified.

In fact, the DOD’s Air Sea battle plan envisions a crushing first strike against the Chinese mainland, using a level of force so overwhelming as to prevent any possibility of retaliation by the Chinese military.

### **Mass detention and concentration camps**

Brushing aside democratic legal principles that have been developed over centuries, the manual asserts the absolute power of the US military-security apparatus to detain civilians anywhere on the planet. “Detention is fundamental to waging war or conducting other military operations,” the Pentagon lawyers assert in the opening lines of the section “Detention: Overview and Baseline Rules.” (P. 515)

While the executive branch has already asserted similar prerogatives with the passage of the National Defense Authorization Act of 2012, it remains significant that the DOD now openly maintains its own sweeping powers to act as an independent branch of government, exercising essentially limitless authority.

The manual maintains that the Defense Department may re-interpret and negate international agreements that prohibit extra-legal arrests and detentions, upholding the unlimited right of the American national state to nullify well-established international laws.

The DOD lawyers go so far as to cite relevant portions of international law that directly contradict their own positions before sweeping them aside as incompatible with the US government’s interpretations.

“Anyone who is deprived of his liberty by arrest or detention shall be entitled to take proceedings before a court, in order that that court may decide without delay on the lawfulness of his detention and order his release if the detention is not lawful,” a passage from the International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR), reprinted in the manual, states. (P. 50f)

The document then declares that the US government has “understood” such prohibitions

not to apply to its own policies. As far as DOD and the US government are concerned, the manual makes clear, the content of international laws is determined by the way in which such laws are re-understood by top US military attorneys and bureaucrats.

“For example, the right to challenge the lawfulness of an arrest before a court provided in Article 9 of the International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR) would appear to conflict with the authority under the law of war to detain certain persons without judicial process or criminal charge,” the manual reads.

“However, the United States has understood Article 9 of the ICCPR not to affect a State’s authorities under the law of war, including a State’s authority in both international and non-international armed conflicts to detain enemy combatants until the end of hostilities.” (P. 50)

The manual goes on to outline authorizations for DOD to create specific legal instruments in order to overcome any remaining legal obstacles to its detention powers, allowing for the creation of “Ad Hoc Legal Instruments or Frameworks” and “Special Courts.”

According to the manual, “Detaining Powers” may segregate detainees in prison camps based on racial and ethnic criteria. “Detainees may be segregated into camps or camp compounds according to their nationality, language, and customs, and the Detaining Power may use other criteria to segregate detainees for administrative, security, intelligence, medical, or law enforcement purposes.” (P. 498)

US military authorities are empowered to carry out mass resettlement of populations for “imperative military reasons.” Under the heading “Displacement of the Civilian Population,”

the manual states: “The Occupying Power may undertake total or partial evacuation of a given area if required for the security of the population or for imperative military reasons.” (P. 778)

And further: “The displacement of the civilian population shall not be ordered for reasons related to the conflict unless the security of the civilians involved or imperative military reasons so demand.” (P. 1,035)

### **Martial law and occupation**

The manual outlines procedures for military occupation and imposition of martial law on subjugated territories. Protocols are formulated in extremely general terms, making clear that the entire world, including the US “Homeland,” is viewed as actual or potential Occupied Territory.

Inhabitants of territory under US military rule must submit unconditionally to the dictates of the “Occupying Power,” rendering “strict obedience to the orders of the occupant,” the manual states in the section “Suspension and Substitution of Governmental Authority.”

US commanders may “exercise authority over all means of public and private transportation, whether land, waterborne, or air, within the occupied territory, and may seize them and regulate their operation,” the manual asserts.

Lest there be any illusions that protocols for military occupation and suspension of constitutional government do not apply within the borders of the United States, the manual announces that the DOD-promulgated law of war policies are being integrated into US dome-

stic law. "Law of war requirements have also been incorporated into domestic law, policy, regulations, and orders," the document states (P. 1,057)

In the section on "Non-International Armed Conflict," the manual develops another conceptual loophole that enables US forces to violate the Geneva Conventions and other international laws when engaged in operations against persons or organizations that are not formally part of an internationally recognized state.

Whereas the manual assigns some limited relevance to international laws in relation to military conflicts against rival national states, non-international armed conflicts are said to be conducted under the essentially limitless authorities assigned by the manual to the US government as the world's most powerful national state.

Non-state actors cannot claim the legal status of national governments and are essentially considered to be legally naked, that is, fully at the mercy of the US government and not entitled to the minimal protections afforded to captured enemy POWs.

"The sovereign equality of States is not applicable in armed conflicts between a State and a non-State armed group. A State may exercise both sovereign and belligerent rights over non-State armed groups." (P. 1,025)

"The limits imposed by international law on a State's action against non-State armed groups do not alter the basic principle that the State may exercise its sovereign powers against the non-State armed group..."

"Although, during international armed conflict, lawful combatants are afforded certain immunities from the enemy State's jurisdiction, persons belonging to non-State armed groups lack any legal privilege or immunity from prosecution by a State that is engaged in hostilities against that group." (P. 1,025)

Such language serves to put US officers on notice that, in confronting insurrectionary movements by the American and international working class, they are permitted to cast aside all restraints conventionally associated with the law of war as it has evolved over centuries.

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**